

Resolution des ver.di Landesbezirksvorstandes Baden-Württemberg zu Stuttgart 21

Wir sehen, auch angesichts erheblich steigender Kosten für Stuttgart 21 und insbesondere mit Blick auf die Schuldenbremse ab 2016, die große Gefahr, dass das Projekt zu Lasten sozialer und gerechter Politik für alle geht. Gerecht geht anders!

Nachdem Stuttgart 21 auf den Weg gebracht wurde, erschütterte die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg Deutschland, Europa und die Welt. Das Sparpaket der Bundesregierung vom Juni 2010 ist eine direkte Reaktion auf die Krise. ver.di befürchtet, dass die auf den Bund zu kommenden Mehrkosten für das Projekt zu weiteren Umschichtungen im Bundeshaushalt und zu Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich führen werden.

Eine Bürgerbeteiligung hält ver.di für erforderlich, um sicherzustellen, dass in einer für die Menschen offensichtlich grundlegenden Frage Politik nicht gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt wird.

Das bürgerschaftliche Engagement und der friedliche Protest gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 tragen auch viele ver.di Mitglieder aktiv mit. Es ist beste gewerkschaftliche Tradition, wenn Menschen für ihre Interessen auf die Straße gehen.

Wir teilen das Anliegen der Protestierenden, die sich dagegen wehren, dass Politik zunehmend als alternativlos dargestellt wird. Alternativlos haben wir satt: So heißt es seit Jahren: Der Sozialstaat müsse abgebaut werden wegen der Globalisierung. Die Rente mit 67 müsse eingeführt werden wegen der Demografie. Stuttgart 21 müsse gebaut werden wegen bestehender Verträge. Die Protestierenden in Stuttgart spüren, dass dies vorgeschoben ist. Wir wehren uns, weil Politik gegen unsere Interessen und gegen Mehrheiten durchgeführt wird, sei es in der Atompolitik, beim Sparpaket oder eben bei Stuttgart 21.

Es geht um die zentrale Frage: Wem gehört die Stadt, wem gehört dieses Land?

ver.di in Baden-Württemberg fordert einen sofortigen Baustopp.

Während eines Moratoriums müssen alle Fakten auf den Tisch. ver.di fordert eine Offenlegung der tatsächlichen Ausstiegskosten, der realistischen Kosten für das Gesamtprojekt und eine echte Prüfung des Alternativkonzepts K 21. In den folgenden Gesprächen müssen alle Optionen offen sein, auch ein Ausstieg aus dem Projekt. Die Bürgerinnen und Bürger des Landes sind zu beteiligen. Das kann mittels einer verbindlichen Bürgerbefragung oder mittels eines Volksentscheides geschehen. Ohne Bürgerbeteiligung kann gerechte und soziale Politik nicht funktionieren.